Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

23 (28.1.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 23 — Donnerstag, den 28. Januar 1932 — 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

In Wien ist das Kabinett Dr. Buresch zurückgetreten, der bisherige Bundeskanzler Buresch aber wieder mit der Neubildung beauftragt worden.

*

Das englische Unterseeboot M. 2 ist an der Küste Westenglands mit 55 Mann untergegangen und konnte bisher nicht gefunden werden.

*

Preiskommissar Gördeler droht bei Nichteinhaltung seiner Anordnungen mit der Schließung der betreffenden Geschäfte.

*

Die Litauer drohen mit einem Vorstoß gegen das deutsche Memelland, um die Deutschen aus der Verwaltung zu vertreiben. Infolge des drohenden Handstreichs ist man in Berlin beunruhigt.

*

Die französisch-englischen Verhandlungen über die Reparationsfrage haben sich versteift, Finanzminister Flandin versucht die deutschen Reparationsleistungen zu verkleinern.

*

Von Bayern aus erläßt ein überparteilicher Ausschuß einen Aufruf zur Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg.

*

Der Führer des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Leipart, sprach sich in einem Rundfunkvortrag gegen Tribute und Deflation aus.

*

Der Völkerbundsrat hat in einer Geheimsitzung über den mandschurischen Konflikt eine Erklärung beraten, die dem japanischen und dem chinesischen Vertreter vorgelegt werden soll. Sie legt jedoch den streitenden Parteien keine neue Verpflichtungen auf und ist deshalb ohne praktischen Wert.

*

Der japanische Generalkonsul hat dem chinesischen Bürgermeister von Schanghai eine neues Ultimatum überreicht, in dem eine befriedigende Antwort auf die japanischen Forderungen bis zum Donnerstag 23 Uhr M.E.Z. verlangt wird.

*

In Charbin wurden ein Japaner und drei Koreaner von chinesischen Truppen und ein japanischer Fliegerhauptmann von „Banditen" getötet.

*

Der Marineausschuß der französischen Kammer beschloß mit allen gegen zwei Stimmen den Bau des französischen 23 000 Tonnen-Kreuzers.

Senkung der „gebundenen" Bierpreise ab 1. Februar 1932

T.U **Berlin**, 27. Jan. Amtlich wird mitgeteilt: Am 27. Januar 1932 sind im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft die Verhandlungen mit dem Brauereigewerbe über die Senkung der gebundenen Bierpreise abgeschlossen worden. Nach dem Verhandlungsergebnis und der darauf beruhenden Entscheidung des Reichsernährungsministers müssen, wenn den Brauereien die Preisbindung nicht verloren gehen soll, die gebundenen Bierpreise um 2 RM. je Hektoliter Vollbier mit Wirkung vom 1. Februar 1932 ab gesenkt werden.

Die volle Senkung des biersteuerfreien Teiles des Erzeugerpreises für Bier um 10 v. H. gemäß den Vorschriften der vierten Notverordnung ist damit nicht erreicht, erscheint aber auch nicht vertretbar. Der außerordentlich starke Rückgang des Bierverbrauchs hat nämlich die wirtschaftliche Lage der Brauereien, insbesondere der mittleren und kleineren Betriebe, sehr geschwächt. Eine über 2 RM. je Hektoliter hinausgehende Ermäßigung des Bierpreises wäre daher nur bei einer damit verbundenen Steigerung des Konsums vertretbar. Eine nennenswerte Hebung des Bierverbrauchs bei einer 10prozentigen Senkung des Bierpreises wäre aber nicht zu erwarten.

Für den Fall, daß eine Herabsetzung der Biersteuer möglich werden sollte, ist in Aussicht genommen, dann den Bierpreis so zu senken, daß nicht nur die Herabsetzung der Biersteuer vollauf dem Verbraucher zugute kommt, sondern daß auch der biersteuerfreie Teil des Brauereipreises für Bier um volle 10 v. H. (also gemäß den Vorschriften der vierten Notverordnung des Reichspräsidenten) gesenkt wird. Die Verbilligung in diesem Ausmaße wird um deswillen für möglich gehalten, weil erwartet wird, daß die Nachteile, die den Brauereien unmittelbar durch die Senkung der Bierpreise entstehen können, in der Hebung des sehr stark eingeschrumpften Absatzes ihren Ausgleich finden würden.

Maßnahmen des Reichskommissars für Preisüberwachung betreffs der freien Bierpreise und der Bruttoverdienstspanne der Schankwirte werden durch diese Regelung nicht berührt.

Volkswahl Hindenburgs

Aufruf zur Reichspräsidentenwahl

München, 27. Jan. Ein größerer Kreis überparteilicher Persönlichkeiten aus verschiedenen Ständen und Kreisen des Landes Bayern erläßt nachstehenden **Aufruf zur Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg:**

Der außenpolitische Erfolg der kommenden entscheidungsreichen internationalen Verhandlungen ist mitbedingt durch die Geschlossenheit, mit der das deutsche Volk hinter seinen Unterhändlern steht.

Auf den **Einsatz des gewaltigen Ansehens**, das der Name Hindenburg im In- und Auslande genießt, dürfen wir nicht verzichten. **Kein zweiter Deutscher besitzt in ähnlichem Maße das überparteiliche Vertrauen des deutschen Volkes, kein zweiter verkörpert so vollkommen für die Welt den Glauben an Deutschland.** Wir sollten deshalb dem Schicksal für jede Stunde danken, die der Generalfeldmarschall sein hohes Amt noch weiterhin ausübt.

Sein Ausscheiden würde schwere Parteikämpfe heraufbeschwören, deren Ausgang ungewiß ist, würde den Weg für Zufallsanwartschaften freimachen, die vermieden werden müssen, zumal der erprobte Führer vorhanden ist.

Vor sieben Jahren feierte Deutschland **die Wahl Hindenburgs als Sieg des deutschen Gedankens.** Deutsche Pflicht ist es auch heute, den Feldmarschall auf den Schild zu erheben. Die Reichsverfassung sieht die Volkswahl vor und damit die Kundgebung des Volkswillens jenseits der Parteimeinungen. Es ist höchste Zeit und Aufgabe aller, die Volk und Vaterland lieben, zur Tat zu schreiten.

Das bayerische Volk hat 1925 die Wahl des Feldmarschalls entscheidend mit beeinflußt. Wir halten uns daher befugt, den ersten Schritt zu tun.

Wir rufen auf zur Wiederwahl des Mannes, der, wie kein zweiter, Deutschland verkörpert. Wir wollen den Herrn Reichspräsidenten bitten, sich zur Wahl erneut zur Verfügung zu stellen.

Unser Ruf ergeht an alle ohne Unterschied des Alters, des Standes, des Geschlechtes, des Bekenntnisses und der Partei.

München, den 27. Januar 1932.

(gez.) Jahn,
Präsident des Reichsfinanzhofes i. R.

Es folgen eine Reihe weiterer Unterschriften, unter ihnen: Dr. A. Betz Verlagsdirektor, Graf von Bothmer, Generaloberst a. D., Buchner, Verleger, Fritz Buechner, Hauptschriftleiter, Freiherr von Carmer-Klett, Gutsbesitzer, Dr. H. Dorn, Präsident des Reichsfinanzhofes, Dr. Eicherich-Isen, Forstrat, Dr. Fehr (Weihenstephan), Minister a. D., Cajetan Freund, Schriftleiter, Fürst Fugger-Gloett, H. Freiherr von Gebsattel (Bamberg), Dr. Max Halbe, Schriftsteller, Dr. Georg Heim (Regensburg), Hipp, Regensburg, Oberbürgermeister, Dr. H. Kuesner, zweiter Bürgermeister, W. Leupold, Verlagsdirektor, H. von Seißer, Oberst, Dr. K. Scharnagl, Oberbürgermeister, Adolf Schiedt, Chefredakteur, Ferdinand Schmidschneider, Verleger, Dr. R. Willstaetter, Universitätsprofessor.

*

Oberbürgermeister Sahm bildet einen Ausschuß für die Volkswahl Hindenburgs

T.U. Berlin, 27. Jan. Der Oberbürgermeister der Reichshauptstadt, Dr. Sahm, ist — wie wir erfahren — seit mehreren Tagen um die Bildung eines überparteilichen Ausschusses führender Persönlichkeiten aus allen Kreisen des deutschen Volkes bemüht, der die Wiederwahl des gegenwärtigen Reichspräsidenten von Hindenburg in die Wege leiten soll. Es ist dabei an Männer und Frauen gedacht, die in maßgebender Stellung mit großen Bevölkerungsschichten in enger Fühlung stehen. Dr. Sahm wird die Einladungen an die in Aussicht genommenen Persönlichkeiten in kürzester Frist hinausgehen lassen, so daß der

Hindenburg-Ausschuß

schon Anfang nächster Woche mit einem Aufruf an die Oeffentlichkeit treten dürfte.

Abbau der Versorgungsämter

Berlin, 27. Jan. Der **Reichstagsausschuß für Kriegsbeschädigtenfragen** beschäftigte sich am Mittwoch zunächst mit der **Herabsetzung der Zahl der Hauptversorgungs- und Versorgungsämter.** Die Zahl der Versorgungsämter, die ursprünglich 300 betragen hat, ist inzwischen bereits auf 100 heruntergesetzt worden und soll jetzt um weitere 23 herabgemindert werden.

Auf Antrag des Abgeordneten Dr. Krone (Z) wurde mit Mehrheit beschlossen, der Regierung zur Erwägung zu geben, sowohl das Hauptversorgungsamt in Karlsruhe als auch das in Stuttgart bestehen zu lassen.

Die Entscheidung darüber welche Aemter künftig in Fortfall kommen sollen wird voraussichtlich noch in dieser Woche getroffen werden.

Der Ausschuß beriet sodann Eingaben, die auf die Notverordnung vom 9. Dezember 1931 Bezug nehmen.

Abg. Dr. **Mumm** (Chr.S.) brachte einen Antrag ein zur Milderung von Härten. Da z. B. die Anrechnung der Kriegsrente auf die Renten aus der Sozialversicherung besonders hart die Schwerstbeschädigten und die Kinderreichen trifft, soll ein Mindestbetrag belassen werden.

Ein **Regierungsvertreter** legte dar, bei den Beschädigten und Hinterbliebenen, die seinerzeit wegen des Bezuges der Renten aus der Sozialversicherung die Zusatzrente verloren hätten, ergebe sich insofern ein gewisser Ausgleich, als diesen jetzt die Zusatzrente wieder gewährt werden könne. Die Schwierigkeiten, die sich insbesondere für diejenigen Kriegsbeschädigten ergeben hätten, die eine Kapitalabfindung erhalten hätten, würden zur Zeit im Reichsarbeitsministerium überprüft.

Eine Beschlußfassung über diesen Antrag erfolgte noch nicht.

Groener über Genf

T.U. **Berlin**, 28. Jan. Reichswehrminister Groener veröffentlicht nach der „Vossischen Zeitung" in den „Blättern der Staatspartei" einen programmatischen Aufsatz über die Abrüstungskonferenz, in dem es u. a. heißt:

In Genf werde nochmals der Kampf zwischen dem Machtgedanken und dem Rechtsgedanken entbrennen, aber die Bedingungen der Auseinandersetzungen würden andere sein als vor 13 Jahren. Im Gegensatz zu damals werde in Genf entweder ein freiwilliger Vertrag zustande kommen, oder es werde überhaupt kein Vertrag geschlossen werden. Für Illusionen sei nach dem letzten Jahrzehnt kein Raum mehr. Genf werde nicht nur über das Maß der Rüstungen jedes Staates entscheiden, es entscheide auch über Versailles, und im tieferen Sinne über Weimar. Es entscheide über die Lebensfähigkeit des Völkerbundes und die Zukunft der abendländischen Kulturwelt, deren Widersacher im Osten durchaus gewillt sei, das Erbe einer überlebten Ordnung des menschlichen Daseins anzutreten. Darin liege die nationalpolitische und die welthistorische Bedeutung der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes.

Der Besuch Brünings bei Hindenburg

Keine Rücktrittsabsichten des Kanzlers.

T.U. **Berlin**, 27. Jan. Ueber den Empfang des Reichskanzlers durch den Reichspräsidenten am Mittwoch wird lediglich folgende amtliche Mitteilung ausgegeben:

„Der Herr Reichspräsident empfing den Reichskanzler Dr. Brüning zum Vortrag über die schwebenden außenpolitischen Fragen."

In Ergänzung hierzu wird von unterrichteter Seite erklärt, daß alle Gerüchte über Rücktrittsabsichten des Kanzlers nicht den Tatsachen entsprechen.

Maßnahmen gegen säumige Durchführung der Preissenkung

Berlin, 27. Jan. Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat an die Landesbeauftragten für Preisüberwachung und an die Gemeinden ein Rundschreiben gesandt, in dem er sich mit einer Reihe von Schwierigkeiten beschäftigt, die bei der Durchführung der Preissenkungsaktion entstanden sind. Der Reichskommissar teilt in diesem Schreiben mit, daß in einer Reihe von Fällen die Preisverzeichnisbestimmungen nur unvollkommen befolgt werden. **Er empfiehlt, diejenigen Geschäfte, die die Bestimmungen nicht befolgen, zu verwarnen und von ihnen mit einer 24stündigen Frist die Aushängung der Preisverzeichnisse zu verlangen.** Weiter wendet sich der Preiskommissar gegen die Unsitte, beim Verkauf kleinerer Mengen eine **unzulässige Aufrundung des Preises vorzunehmen, wie es insbesondere im Fleischergewerbe beobachtet worden ist.** Der Preiskommissar bezeichnet es als völlig unzulässig, Bruchteile von Pfennigen auf 5 oder 10 Pfg. aufzurunden; sie dürfen nur auf ganze Pfennige aufgerundet werden. Außerdem beschäftigt sich das Rundschreiben mit einer Reihe von Beschwerden, insbesondere aus westlichen Bezirken, die sich gegen eine **Erhöhung der Preise an Lohntagen** wenden. Dr. Gördeler ersucht, gegen diejenigen Geschäfte, die auf diese Weise die Preissenkungsaktion durchkreuzen, gegebenenfalls mit Androhung der Geschäftsschließung vorzugehen.

Schlechte Aussichten

Paris, 27. Jan. Die Morgenblätter beschäftigen sich mit dem Stande der **englisch-französischen Reparationsverhandlungen.** „Journal" ist der Ansicht, **daß die Aussichten für eine Zusammenkunft Macdonald-Laval immer geringer werden.** „Petit Parisien" glaubt sogar, daß von einer **Zusammenkunft** der Regierungschefs während der nächsten Zeit **überhaupt nicht die Rede sein könne.** Immerhin dürfe man die Hoffnung nicht aufgeben, daß noch vor Ablauf des Hoovermoratoriums eine Formel gefunden werden könne, die die augenblicklichen Finanzschwierigkeiten zu überbrücken geeignet ist. **„Matin"** schreibt, daß die englische Formel, die ein absolutes Moratorium für die Dauer eines Jahres vorsehe, **von Frankreich abgelehnt werden müsse,** da sie die von Frankreich geforderten Garantien in Sachen der Nachzahlung der aufgeschobenen Annuitäten und der Nachprüfung der französischen Auslandsverpflichtungen beseitigen würde.

Russisch-polnischer Pakt

Keine Gefährdung Deutschlands?

Die Paraphierung des russisch-polnischen Nichtangriffsvertrages stellt ein politisches Ereignis erster Ordnung dar. Es hat ganzer sechs Jahre bedurft, ehe es zwischen den beiden Oststaaten so weit gekommen ist. Moskau und Warschau sind ja bekanntlich nicht gerade die größten Freunde. Um so höher ist die erzielte Einigung zu bewerten.

Der russisch-polnische Krieg 1920 war bisher der letzte Krieg großen Stils auf europäischem Boden. Der kommende russisch-polnische Krieg soll der erste Krieg sein, der nach der Ansicht vieler in Europa ausbrechen wird. Nun, die Chancen dieses Krieges sind jetzt nach dem Abschluß des Nichtangriffsvertrages zwar nicht ganz verschwunden, aber doch erheblich geringer geworden. Die Gegensätze zwischen den beiden Ländern sind noch bei weitem nicht überbrückt, aber zu ihrer Lösung wird man nicht so leicht zu den Waffen greifen, wie es noch vor kurzem allgemein angenommen wurde.

Vieles spricht dafür, daß der Pakt Moskau—Warschau **nicht ohne französisches Hinzutun abgeschlossen** wurde. Frankreich selbst steht unmittelbar vor dem Abschluß eines ähnlichen Vertrages mit Moskau, hat aber an die Unterzeichnung die Vorbedingung geknüpft, daß vorerst Nichtangriffsverträge zwischen Rußland und den französischen Vasallen im Osten, also in erster Linie Polen und Rumänien, zustandekämen. Auch die baltischen Länder sollten Frankreich auf diesem Gebiete vorangehen. Dies hat im übrigen Finnland bereits getan, das etwa vor zwei Wochen die Paktverhandlungen mit Moskau erfolgreich beendete. Nun ist Polen Finnland gefolgt.

Erhebliche Schwierigkeiten verursacht augenblicklich jedoch die Verständigung zwischen Rußland und Rumänien. Diese beiden Länder stehen bekanntlich nicht in diplomatischen Beziehungen miteinander. Die Angliederung der südwestlichsten Provinz Rußlands, Bessarabiens, im März 1918 wurde von Rußland nie anerkannt. Die Rumänen sind nun bestrebt, in den Nichtangriffsvertrag die Anerkennung der Besitzergreifung Bessarabiens hineinzuschmuggeln. Moskau seinerseits ist nur bereit, sich zu verpflichten, den Streit um Bessarabien nicht im Kriegswege auszutragen. Diese Verpflichtung genügt Rumänien anscheinend nicht, und so mußten die russisch-rumänischen Verhandlungen, die in Riga geführt wurden, abgebrochen werden. Man nimmt jedoch an, daß der Volkskommissar des Aeußeren, Litwinow, bei seiner Anwesenheit in Genf, wohin er sich zur Abrüstungskonferenz begibt, persönliche Unterredungen mit dem rumänischen Außenminister haben wird, um eine Kompromißformel zu finden. Dann wird dem Abschluß eines französisch-russischen Nichtangriffspaktes nichts mehr im Wege stehen.

In diesem Zusammenhang muß die Frage aufgeworfen werden, ob nicht dieses neue Paktsystem eine Gefährdung Deutschlands in sich birgt. Besonders gilt das für den eben abgeschlossenen Nichtangriffsvertrag Rußland-Polen. Hat Moskau der polnischen Regierung irgendwelche Zugeständnisse gemacht, die die Westgrenzen Polens gegen Deutschland betreffen? Diese Frage wurde schon vor einem Monat von dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, Molotow, in höchst offizieller Weise, nämlich auf der Tagung des Zentralvollzugsausschusses des Union-Rätekongresses beantwortet. Molotow hat erklärt, daß der russisch-polnische Nichtangriffspakt keine Bestimmungen enthält, die Deutschland beunruhigen könnten. Es handle sich vielmehr um einen jener Pakte, die in der Nachkriegszeit zwischen einer Reihe von Ländern abgeschlossen wurden. Diese Erklärung des russischen Regierungschefs wird die deutsche Oeffentlichkeit zur Kenntnis nehmen.

Es bleibt immerhin bezeichnend genug, daß Rußland gerade mit den Ländern zum Abschluß von Nichtangriffsverträgen gelangen konnte bezw. in den nächsten Tagen gelangen wird, die eben noch zu den größten Feinden Moskaus gehörten und die Neigung zeigten, gegebenenfalls gegen Rußland mit der Waffe in der Hand vorzugehen. Enthalten doch diese Verträge Bindungen, die die Stabilität im Osten erhöhen und Rußland der akutesten Sorgen um seine Sicherheit zumindest in der nächsten Zeit entheben. Mit um so größerem Nachdruck wird Rußland seine Kräfte der Ausführung des Fünfjahres-Planes widmen können. Auf der Abrüstungskonferenz wird Moskau die neuesten Paktverträge als einen Trumpf benutzen und um so energischer seine These von der allgemeinen Abrüstung unterstützen. Es ist allerdings nicht anzunehmen, daß die Besserung der Beziehungen zwischen Moskau einerseits und Frankreich sowie dessen östlichen Vasallen andererseits der Genfer Abrüstungsdebatte die Schärfe nehmen wird, die man zu erwarten hat.

Rücktritt der österreichischen Regierung

Wien, 27. Jan. Das Kabinett Buresch ist zurückgetreten. Bundespräsident Miklas hat Dr. Buresch mit der Neubildung der Regierung beauftragt.

*

Die Neubildung der österreichischen Regierung

Wien, 27. Jan. Bundeskanzler Buresch kündigte Verhandlungen mit den Parteiführern im Parlament an über die Neubildung der Regierung. Ueber die Gründe des Rücktritts Bureschs verlautet in parlamentarischen Kreisen, er habe gefühlt, daß er unter den gegenwärtigen Verhältnissen besonders angesichts der Haltung der **Christlichsozialen in Tirol und Kärnten** bei seiner Partei nicht mehr die notwendige Unterstützung finden würde. Ferner soll ein gewisses Mißverhältnis zwischen den Vertretern der **Großdeutschen** in der Regierung und der Haltung ihrer Fraktionsgenossen im Nationalrat mitgesprochen haben.

*

Minderheitskabinett in Wien?

T.U. **Wien,** 27. Jan. Gegen 17,30 Uhr hatte Dr. Buresch eine Besprechung mit den Vertretern des nationalen Wirtschaftsblocks. Sie machten ihren Eintritt in die Regierung davon abhängig, daß Schober das Außenministerium übernimmt. Dr. Buresch erwiderte, daß er aus wirtschaftspolitischen Gründen nicht in der Lage sei, ein Kabinett mit Schober als Außenminister zu bilden. Der Bundeskanzler erstattete anschließend seiner Fraktion Bericht. Besprechungen mit anderen Parteien sind für Mittwoch nicht mehr vorgesehen. Im Parlament heißt es, daß Buresch am Donnerstag nach Rücksprache mit den anderen Parteien und den Sozialdemokraten dem Bundespräsidenten die Liste für ein Minderheitskabinett vorlegen wird.

*

Dr. Seipel Außenminister?

T.U. **Wien,** 28. Jan. Die Donnerstag-Morgenausgabe der „Reichspost" enthält auf der ersten Seite die Mitteilung aus dem Parlament, daß Aeußerungen namhafter christlich-sozialer Politiker aus allen österreichischen Ländern vorlägen, die übereinstimmend den Wunsch ausdrückten, daß Dr. Seipel das Außenministerium übernehme. Sollte er aber einem solchen Ruf nicht Folge leisten wollen, so würde, wie erklärt wird, Dr. Buresch das Amt selber führen.

Layton über den ungeschützten Zahlungsbetrag

London, 27. Jan. In einem offenen Brief als Antwort an Lord Rothermere auf einen von diesem in der „Daily Mail" veröffentlichten Artikel führt der Sachverständige Sir Walter Layton u. a. aus, **die Tatsache, daß Deutschland für die ungeschützte Zahlung kein Recht auf Zahlungsaufschub habe, und der Umstand, daß etwa 80 Prozent dieser Zahlung Frankreich zugute kommt, bedeute keineswegs, daß diese Zahlung irgend etwas mit der Wiederherstellung der zerstörten Gebiete Frankreichs zu tun habe. Keine einzige Stelle des Youngplans, der Haager Vereinbarungen oder irgendein anderes Schriftstück berechtigen zu der Auffassung, daß die ungeschützte Zahlung für eine bestimmte Art von Kriegsschulden vorgemerkt sei.** Es sei auch keine Rede davon, daß irgendein Entschädigungsanspruch, außer dem belgischen, irgendein Vorrecht vor einem anderen habe. **Layton drückt die bestimmte Erwartung aus, daß bei der unvermeidlichen Aenderung des Youngplans die anderen Gläubiger Deutschlands für alle etwaigen künftigen deutschen Zahlungen einen neuen Verteilungsschlüssel beanspruchen und Frankreich dies als recht und billig anerkennen werde.**

Schwedens große Dichterin spricht für den deutschen Rundfunk.

Selma Lagerlöf, die weltberühmte schwedische Dichterin, wird am 2. Februar zu den deutschen Rundfunkhörern in deutscher Sprache über ihre Jugenderinnerungen sprechen.

Ein engl. Unterseeboot verloren?

London, 27. Jan. Wie die Admiralität mitteilt, ist man ohne Nachricht von dem Unterseeboot M. 2, das am Dienstag vormittag um 10.30 Uhr **vor Portland untertauchte.** Verschiedene andere Unterseeboote und die gesamte Minensuchflottille begaben sich an die Unglücksstelle. Das Boot, das 1450 Tonnen groß ist, ist 1920 vom Stapel gelaufen und ein **Schwesterschiff des U-Bootes, das 1925 im Aermelkanal unterging,** wobei 68 Mann den Tod fanden.

An Bord des bei Portland verunglückten englischen U-Bootes M. 2 befanden sich **6 Offiziere und 48 Mann.** Nach einer Meldung der Admiralität, die 40 Minuten nach Mitternacht ausgegeben wurde, glaubt man, die Lage des U-Bootes 3 Meilen westlich vom Bill of Portland festgestellt zu haben.

Das vermißte Unterseeboot **liegt in 17 Faden Tiefe** (etwa 31 Meter). Da das Boot auf sandigem Boden liegt, werden die Arbeiten nicht durch Schlamm behindert werden. Den letzten Nachrichten zufolge befinden sich an Bord des Unterseebootes **6 Offiziere, 48 Seeleute sowie ein Fliegersergeant.** In das Unterseeboot ist nämlich ein wasserdichter Schuppen mit einem kleinen Wasserflugzeug eingebaut.

U-Boote von der Klasse des M. 2 können 48 Stunden unter Wasser bleiben. M. 2 ist mit den modernsten Rettungsvorrichtungen ausgestattet, darunter einem Rettungsapparat, der es der Besatzung ermöglicht, Mann für Mann an die Oberfläche zu kommen.

*

Noch keine Spur von dem gesunkenen englischen U-Boot

London, 27. Jan. Nach einer Meldung der Preß Association konnte bis 3.50 Uhr früh keine bestimmte Spur des gesunkenen Bootes M. 2 aufgefunden werden. Eine Anzahl Zerstörer haben die ganze Nacht hindurch unter Benutzung von Scheinwerfern ein weites Gebiet auf der Höhe von Portland Head vergeblich abgesucht.

Briand Generalsekretär des Völkerbundes

London, 27. Jan. Einer Exchange-Meldung aus Genf zufolge ist angeregt worden, Briand zu veranlassen, Nachfolger Sir Eric Drummonds als Generalsekretär des Völkerbundes zu werden. Drummond habe endgültig abgelehnt, weiter im Amt zu bleiben.

Tages-Anzeiger

Donnerstag, den 28. Januar.

Bad. Landestheater: „Napoleon" oder „Die hundert Tage", 20—22½ Uhr.
Scala-Tonfilm-Theater: „Der Kongreß tanzt", 7 und 9 Uhr.
Union-Theater: „Die Privatsekretärin", 7 und 8¾ Uhr.

Ich warte auf deine Liebe

Roman von Gert Rothberg

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[16

Und Rheinsbergh quälte sich mit der grausamen Feststellung ab, daß Dortlingen vorzüglich zu der kleinen Elme passe.

Die Herren sprachen noch einige Worte miteinander. Dann brachte irgend jemand den Wunsch aufs Tapet, zu tanzen. Diesem Wunsche schlossen sich im Nu fast alle an. Nur Elme und Rheinsbergh schwiegen.

Elme dachte entsetzt:

Was ist nur mit mir? Warum sehe ich immer wieder zu Dietrich von Rheinsbergh hinüber? Ich hasse ihn doch?

Dortlingen suchte eine passende Gelegenheit. Es war nach einem Tanz. Elme schien leicht ermüdet, und Dortlingen ergriff die Gelegenheit. Er führte sie hinaus auf den Balkon; die duftende Frühlingsnacht war seine Gehilfin. Dunkel und berauschend war dieser Abend. Wie geschaffen zum Lieben und Glücklichsein.

Dortlingen sah in das weiße, schöne Gesicht. Er ergriff Elmes Hände.

„Gnädiges Fräulein, ich möchte Ihnen sagen, wie sehr ich Sie liebe — möchte Sie fragen, ob Sie meine Frau werden wollen", sagte er mit verhaltener Stimme.

Das Mädchen erschrak. Ihre Augen waren groß und traurig.

„Herr von Dortlingen, warum mußten Sie mir das sagen? Ich war so gern mit Ihnen zusammen in fröhlichem Kreise. Nun ist ein Schatten auf unsere Freundschaft gefallen."

„Sie — weisen mich zurück?"

„Ja — weil ich muß! Ich liebe Sie nicht so, um Ihre Frau werden zu können."

Er stand wie vernichtet vor ihr. In seinen Augen leuchtete ihr eine letzte Hoffnung entgegen.

„Ich will geduldig warten, Elme — vielleicht wendet sich Ihr Herz mir doch noch zu!"

Sie schüttelte mit dem schönen, blonden Kopfe.

„Es hätte keinen Zweck, mir eine Bedenkzeit zu geben. Meine Gesinnung wird sich nie ändern!"

„So lieben Sie einen anderen, Elme?"

„Nein! Ich liebe niemanden! Und ich glaube, daß ich die Liebe nie kennenlernen werde. Ich — hoffe es!"

Wahrheit leuchtete auf den schönen, reinen Zügen, Wahrheit war jedes Wort.

Er beugte sich zu ihr nieder und küßte ihre Hände.

„Ich füge mich, Elme! Denken Sie manchmal an mich! Nun werde ich wohl nur noch selten nach B... kommen. Ich muß erst überwinden."

Da strich die kleine Mädchenhand wie abbittend über sein blondes Haar.

„Nicht böse sein, Herr von Dortlingen."

Er küßte ihr noch einmal wortlos die Hände. — — —

Dietrich von Rheinsbergh hatte gesehen, daß Dortlingen die Gelegenheit geschickt ausgenutzt hatte und mit Elme auf den Balkon hinausgetreten war. Jetzt würde es sich entscheiden!

Rheinsbergh richtete sich hoch auf.

Was kümmerte es ihn, ob Elme den oder jenen erwählte? Der wütende Schmerz in seinem Herzen würde bleiben, würde nie zu betäuben sein.

Elme und ihr Partner betraten wieder den Saal. Unauffällig mischten sie sich wieder unter die Tanzenden. Aber dem scharf prüfenden Blick Rheinsberghs entging es nicht, daß Dortlingen einen verstörten Eindruck machte. Jedenfalls sah er nicht aus, wie ein glücklicher Bräutigam auszusehen pflegt.

Und eine große, brausende Freude war in Dietrich von Rheinsbergh. Elme hatte sich nicht mit Dortlingen verlobt! Er glaubte, das nun mit Bestimmtheit folgern zu können.

Und seine Vermutung wurde ihm zur Gewißheit. Dortlingen suchte seine Nähe und sagte leise:

„Helfen Sie mir den Korb heimtragen, den ich von Elme von Dörring erhielt! Ich mache mir nicht einmal etwas aus Ihrer Schadenfreude, lieber Rheinsbergh — ich bin wie vor den Kopf geschlagen."

„Ich bin erstaunt, Dortlingen! Ist die junge Dame so übermütig, daß sie es sich nicht überlegt, daß Ihre Werbung doch eigentlich ein großes Glück für sie wäre?"

„Daran habe ich nicht gedacht. Mir war alles so gleichgültig — ich wollte nur das ganze, liebe, süße Mädel für mich. Aber sie hat mir jede Hoffnung für später genommen. Sie will überhaupt nicht heiraten. Was sagen Sie dazu, lieber Rheinsbergh? Na, ich gehe jetzt todsicher auf meine Güter zurück und werde wie ein Verrückter schuften, um zu vergessen."

Dietrich von Rheinsbergh tanzte plötzlich einige Touren, nachdem er die ganze Zeit über herumgestanden hatte. Seine Tante sah erstaunt nach ihm hin, und ihre zwei Töchter lachten vergnügt. Das war endlich einmal etwas, was ihnen gefiel. Jetzt taute gar noch der kühle, stolze Dietrich auf. Das konnte ja noch fidel werden!

Rheinsbergh stand vor Elme von Dörring.

„Darf ich um diesen Walzer bitten, gnädiges Fräulein?"

„Ich bin zu müde!" wollte sie sagen; doch da zwangen sie seine dunklen, machtvollen Augen in ihren Bann, daß sie widerstandslos ihre Hand auf seinen Arm legte und sich von ihm davonführen ließ.

Ganz fest legte Rheinsbergh seinen Arm um die zarte, feingliedrige Mädchengestalt.

„Dortlingen hat es aufrichtig mit Ihnen gemeint. Er tut mir leid", sagte er leise.

Elme antwortete nicht; doch ein paar große Tränen glitzerten an den langen, dunklen Wimpern.

Am liebsten hätte Dietrich diese Tränen fortgeküßt; doch er sagte nur:

„Ich wollte Sie selbstverständlich nicht kränken, gnädiges Fräulein! Es ist Ihre Sache, wie Sie über eine Heirat denken."

„Für mich ist es am besten, ich bleibe allein im alten Efeuhause. Die Vergangenheit läßt sich nicht begraben."

Wilder Schmerz durchdrang ihn. (Fortsetzung folgt.)